

Stadt gemeinwohlorientiert entwickeln

1. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass das große städtische Gelände zwischen dem Rathaus und dem Appolonia-Pfaus-Park (aktueller Standort von BVZ, Turnhalle, Musikschule, Gesundheitsamt) nicht privatisiert wird, sondern als Gemeingut in städtischem Eigentum erhalten bleibt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Privatisierung der städtischen Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Bochumer LINKE will Gemeingüter und öffentliches Eigentum erhalten und der Privatisierungspolitik ein Ende setzen. Unsere Ratsfraktion hat daher auch ausdrücklich gegen die Vermarktung des Geländes gestimmt, die von der Stadtverwaltung unter Führung von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch angestrebt wurde. Während die anderen Parteien im Rat sich in der Frage bis heute nicht eindeutig festlegen wollen, sagt DIE LINKE verbindlich zu: Einer Privatisierung zur profitorientierten Verwertung des Geländes werden wir auf keinen Fall zustimmen. Stattdessen wollen wir dabei helfen, die gemeinwohlorientierten Nutzungsvorschläge umzusetzen. Und zwar für das gesamte Gelände.

2. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass die Musikschule und das Gesundheitsamt als Gebäude erhalten bleiben. Ein Abriss wäre ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Gebäude können für eine gemischte Nutzung umgebaut werden: So könnte z.B. das Gebäude-Ensemble aus Musikschule und Gesundheitsamt zu einem Campus für soziales Wohnen, Kleingewerbe, Kultur und öffentliche Einrichtungen umgebaut werden – mit einem Gemeinschaftsgarten mitten im Zentrum der Stadt.

Werden Sie sich für den Erhalt und für die Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Bochumer LINKE hat sich bereits in dieser Wahlperiode im Rat für einen Erhalt und eine gemeinwohlorientierte Umnutzung der beiden Gebäude eingesetzt. Einen Abriss lehnen wir sowohl aus stadtplanerischen als auch aus ökologischen Gründen ab. In unserem Kommunalwahlprogramm heißt es dazu auch eindeutig: „Erhaltenswerte Gebäude, welche die Stadt nicht mehr selbst nutzen will (zum Beispiel die aktuelle Musikschule und das Gesundheitsamt) werden nicht abgerissen, sondern gemeinwohlorientiert umgenutzt.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 73)

3. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, dass das Gelände am Appolonia-Pfaus-Park auch zukünftig gemeinwohlorientiert und nicht renditeorientiert genutzt wird. Für möglichst günstige Mieten sollte dort Wohnungsbau ohne Profitinteresse entstehen. Die Stadt kann entweder selbst gemeinnützig (um)bauen, oder Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger vergeben, z.B. an Genossenschaften oder Wohnungsbauvereine.

Werden Sie sich für eine solche gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Geländes am Appolonia-Pfaus-Park einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

In der Auseinandersetzung um das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept für die Bochumer Innenstadt (ISEK) haben wir die gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung bereits offensiv eingefordert: Wir wollen, dass dort entstehende Wohnbebauung das eindeutige Ziel hat, das Mietpreisniveau in unserer Stadt zu stabilisieren bzw. zu senken. Andere Teile der Flächen bzw. Gebäude sollen unserer Meinung nach für nichtkommerzielle Angebote zur Begegnung, Bildung, Beratung, Kunst und Kultur zur Verfügung stehen.

Unsere Ratsfraktion konnte bisher erreichen, dass eine Machbarkeitsstudie zur gemeinwohlorientierten Nutzung des Geländes in die Planungen aufgenommen wurde. Die endgültigen Entscheidungen, was genau mit den Grundstücken passiert, stehen allerdings erst nach der Kommunalwahl an. Mit einer starken Fraktion im Rat wollen wir den politischen Druck aufrechterhalten und erhöhen, damit dieses zentrale Innenstadtgelände tatsächlich weiterhin als Gemeingut den Bedürfnissen der Bochumerinnen und Bochumern dienen kann.

4. Die Stadt Bochum und ihre Tochterunternehmen sind mit fast 80 Prozent die größten Anteilseigner der Wohnungsbaugesellschaft VBW. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, die bestehende Gestaltungsmehrheit in allen VBW-Gremien dazu zu nutzen, das mehrheitlich kommunale Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten: Aufgabe der VBW soll nicht sein, möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern möglichst günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine weitreichende Mieter*innenmitbestimmung zu ermöglichen.

Wollen Sie die kommende Wahlperiode dazu nutzen, die VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umzubauen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Damit Bochum raus aus der Wohnungskrise kommt, ist nach Meinung der Bochumer LINKEN ein Umbau der VBW zum gemeinwohlorientierten Unternehmen unbedingt notwendig. In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir uns auf folgendes Ziel festgelegt:

„Umbau der mehrheitlich städtischen Wohnungsgesellschaft VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen. Statt die Mietpreise jeweils an den Rand des gerade noch Legalen zu erhöhen, sollen die Mieten nach dem Kostendeckungsprinzip unter Einbeziehung des gesamten Bestands gebildet werden. Gewinnausschüttungen an die Anteilseigner werden auf ein Minimum begrenzt. Wenn Geld übrigbleibt, wird es reinvestiert – in den Bestand und in den Neubau von preisgünstigem Wohnraum. Eine dauerhafte Zweckbindung des VBW-Bestands macht Privatisierungen unmöglich, und die Einführung von Mieterinnenräten sorgt für echte Mitbestimmungsrechte. Bis der Umbau zum gemeinwohlorientierten Unternehmen mit günstigeren Mieten abgeschlossen ist, wollen wir einen Mietendeckel für alle VBW-Wohnungen einführen, der Mieterhöhungen ausschließt. Neuvermietungen dürfen keinesfalls zu Preisen vorgenommen werden, die oberhalb der Werte im Mietspiegel liegen.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 74)

Angesichts der Krise im Bereich des bezahlbaren Wohnens haben wir außerdem bereits in dieser Wahlperiode eine Änderung des VBW-Gesellschaftervertrags beantragt, um das mehrheitlich städtische Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten. Denn die VBW ist Bochums größter Vermieter. Wenn bei ihr die Mieten sinken, hat das Auswirkungen auf den Mietspiegel. Auch andere Vermieterinnen und Vermieter dürfen dann die Mietpreise nicht so stark erhöhen.

5. Das *Netzwerk Stadt für Alle* kritisiert insbesondere, dass die aktuelle Ratsmehrheit die VBW dazu verpflichtet hat, Rendite von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr an die Anteilseigner auszuschütten. Alleine durch den Verzicht auf diese Rendite könnte die Miete jeder frei finanzierten VBW-Wohnung durchschnittlich um rund 400 Euro pro Jahr niedriger ausfallen. So könnte der Rat einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung oder gar Senkung des Mietpreisniveaus in Bochum leisten.

Wollen Sie in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass der Rat der Stadt Bochum nicht noch einmal von der VBW die Abführung von Millionenrenditen an den städtischen Haushalt verlangt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Ein mehrheitlich städtisches Wohnungsunternehmen sollte nicht dafür da sein, auf Kosten der Mieterinnen und Mieter Gewinnausschüttungen in Millionenhöhe zu erwirtschaften. Mit einer Anfrage konnten wir nachweisen, dass die VBW im Jahr 2018 bei 1.000 Bochumer Wohnungen die Mieten an die Obergrenze des gerade noch so

Legalen erhöht hat. 2017 waren von solchen maximal möglichen VBW-Mieterhöhungen sogar 2.000 Bochumer Haushalte betroffen. Damit muss Schluss sein. Im Bochumer Rat haben wir bereits in dieser Wahlperiode als einzige Fraktion gegen die VBW-Gewinnausschüttungen in Millionenhöhe gestimmt und vehement eingefordert, dass das Geld stattdessen in die Reduzierung der Bestandsmieten investiert wird. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für dieses Ziel einsetzen.

6. Das Netzwerk Stadt für Alle setzt sich für einen Privatisierungs-Stopp in Bezug auf kommunalen Grund und Boden ein. Statt weitere städtische Grundstücke zu verkaufen, sollen sie nach dem Erbbaurecht mit vertraglich vereinbarten langfristigen Mietpreisbindungen vergeben werden.

Wollen sie in der kommenden Wahlperiode einen solchen Grundsatzbeschluss im Rat erwirken?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Bochumer LINKE hat sich in ihrem Kommunalwahlprogramm eindeutig und verbindlich auf folgende Position festgelegt:

„Boden darf keine Ware sein wie jede andere. Denn Boden ist im Unterschied zu mobilen Waren nicht vermehrbar. Das Argument der fehlenden Wohnungen wird vielfach dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken an Investorinnen und Investoren zu legitimieren. Dies führt zu Bauprojekten, deren Mietpreise größtenteils weit über den Bochumer Durchschnittsmieten liegen. Solche Neubau-Projekte wirken als Preistreiber in der ganzen Stadt. Stattdessen brauchen wir eine Politik, welche die Wohnraumversorgung nicht mehr privaten Investoren überlässt. Die Stadt muss eine aktive Wohnungspolitik zu ihrem eigenen Schwerpunkt machen – mit den entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des städtischen Personals. Im Vordergrund muss der Bau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen in kommunaler und gemeinwohlorientierter Trägerschaft stehen. Ebenso begrüßen wir die Zusammenarbeit mit anderen nicht renditeorientierten Bauträgern, etwa gemeinwohlorientierten Genossenschaften, Wohnungsbauvereinen und Stiftungen. [...]

DIE LINKE fordert:

- Privatisierungs-Stopp für kommunale Grundstücke, Gebäude und Wohnungen. Der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiert genutztem Boden muss erhöht werden, um eine gemeinsame und demokratisch organisierte Flächenentwicklung zu ermöglichen.
- Eindeutige Priorität für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau gegenüber profit- und renditeorientierten Projekten.

- Städtische Grundstücke sollen kommunalen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestellt werden.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 72-73)

Demokratie und Mitbestimmung

7. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat die mangelhaften Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bochumer Bevölkerung bei der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Innenstadt kritisiert. Hintergrund ist, dass sogar das Bundesinnenministerium in seiner ISEK-Arbeitshilfe für Kommunen klargestellt hat: „Der Grad der Mitbestimmung kann von der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen bis hin zu weitreichenden Entscheidungsrechten der Betroffenen reichen.“ Die Stadt Bochum ermöglichte nur das Minimum: Die Beteiligungsformate beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vorschläge einzureichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum zukünftig Modelle der tatsächlichen Mitbestimmung an Planungs- und Entscheidungsprozessen institutionell verankert, wie sie bereits in anderen Kommunen erfolgreich erprobt worden sind?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Im Wahlprogramm der Bochumer LINKEN heißt es: „Planungsprozesse dürfen nicht mehr über die Köpfe der Bochumerinnen und Bochumer hinweg organisiert werden. Die kommunale Planung, die wir wollen, ist ausgerichtet an den konkreten Bedürfnissen der Menschen in den Stadtteilen, und nicht an Profitinteressen von Investoren, Wohnungsunternehmen und anderen Konzernen. Sie ist sozial-ökologisch und hat das Ziel, zusätzlichen Flächenverbrauch zu vermeiden. Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Mitbestimmung der Bochumerinnen und Bochumer. So wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen, soziale Vielfalt und Sicherheit sowie quartiersnahe Versorgung überall in der Stadt sicherstellen. Wie die Zukunft der Bochumer Innenstadt und der Stadtteile aussehen soll und wie mit öffentlichen Ressourcen, den Grundstücken, Gebäuden und nicht zuletzt den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner umgegangen wird, sind Entscheidungen von großer Tragweite. Eine nur symbolische Beteiligung der Stadtgesellschaft bei der Beantwortung dieser Fragen ist nicht ausreichend. Stattdessen fordern wir Mitbestimmungsformate, die sicherstellen, dass das lokale Wissen der Anwohnerinnen und Anwohner in die Planung einfließt, und dass der Planungsprozess zugänglich, demokratisch, ergebnisoffen, breitgefächert und vor Ort organisiert stattfindet.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 75-76)

8. Das *Netzwerk Stadt für Alle fordert* für die Umgestaltung der Innenstadt einen offenen partizipativen Aushandlungsprozess, der über die üblichen Formate wie Bürgeranhörungen weit hinausgeht. Konkret fordert das Netzwerk, dass dem geplanten Qualifizierungsverfahren und der Rahmenplanung „Am Appolonia-Pfaus-Park und Umfeld Rathaus“ ein Mitbestimmungsprozess vorangestellt wird, in dem die von der Planung betroffenen Anwohner*innen und interessierte Nutzer*innen der Innenstadt gemeinsam ein Anforderungs- und Bedürfnisprofil für die zukünftige Nutzung des Geländes entwickeln. Dieser Prozess sollte schnellstmöglich beginnen, um eine breite öffentliche Debatte der Stadtgesellschaft über die Planungsziele zu ermöglichen. So kann ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der modellhaft für die demokratische Einbeziehung der Stadtgesellschaft in Planungsprozesse sein kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher öffentlicher Mitbestimmungsprozess zur Festlegung der Planungsziele für das Gelände zeitnah auf den Weg gebracht wird?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Wir wollen die weitere Planung für das Gelände hinter dem Rathaus zu einem Pilotprojekt für neue Mitbestimmungsformate zu machen. Unser konkreter Vorschlag dazu lautet:

„Als Pilotprojekt fordern wir die Gründung eines zivilgesellschaftlichen Planungsbüros für das städtische Gelände am Appolonia-Pfaus-Park (BVZ, Turnhalle, Musikschule und Gesundheitsamt). Das Büro soll die Selbstorganisation der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner stärken und unabhängige Stadtteilversammlungen organisieren. Es organisiert die Wunschproduktion in Bezug auf das Gelände und verwendet in einem ergebnisoffenen Prozess innovative und partizipative Planungs-Tools, die es allen möglich machen, Beiträge zum Planungsprozess zu liefern. Im Rahmen dieses breit organisierten Teilhabeprozesses spitzt es Ideen zu, entwickelt Varianten, stimmt diese mit dem Stadtteil ab, und präsentiert am Ende einen (Roh-)Entwurf. Das Büro arbeitet im Auftrag der Stadt Bochum, wobei ihm seine Unabhängigkeit vertraglich zugesichert wird.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 76-77)

Mit starken Fraktionen im Rat und in den Bezirksvertretungen wollen wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum endlich mehr Teilhabe ermöglicht und sich traut, solche Modelle zu erproben. Die Flächenentwicklung am Appolonia-Pfaus-Park bietet die idealen Voraussetzungen dafür.

Ökologie, Klima und Verkehr

9. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass der Appolonia-Pfaus-Park nicht verkleinert wird. Statt Teilflächen zu bebauen, wie es in der Planzeichnung des „städtebaulichen Gesamtkonzepts“ (Ratsbeschluss vom 16.11.2017) vorgesehen ist, sollte der Park belebt und für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Wollen Sie dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Verkleinerung des Parks kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

DIE LINKE hat sich bereits bei der Präsentation der Entwürfe im Jahr 2017 gegen die Verkleinerung des Parks ausgesprochen und daher auch dem städtebaulichen Gesamtkonzept in der vorliegenden Form nicht zugestimmt. Der Appolonia-Pfaus-Park ist die einzige verbleibende Grünfläche in der Bochumer Innenstadt und muss unbedingt in mindestens der aktuellen Größe erhalten bleiben. Eine weitere Versiegelung wäre auch im Hinblick auf das Stadtklima inakzeptabel: Abgesehen von Köln hat sich in keiner anderen NRW-Innenstadt die Temperatur in den vergangenen Jahren so stark erhöht wie in Bochum. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden, statt sie noch zu verstärken. Eine weitere Öffnung des Parks für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen begrüßen wir ausdrücklich.

10. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat vorgeschlagen, den Bochumer Innenstadtring umzubauen: Autoverkehr soll zukünftig nur noch einspurig stattfinden, und der gewonnene Platz soll für sichere Radwege genutzt werden.

Unterstützen Sie den Vorschlag?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Radfahren ist gesund, spart Platz, schont die Umwelt und macht Spaß. DIE LINKE Bochum will erreichen, dass so viele Alltagswege wie möglich zwischen einem und etwa zehn Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können. Dazu ist ein massiver Ausbau bei besserer Instandhaltung der Fahrradinfrastruktur notwendig. Die Stadtverwaltung soll sich dabei an den „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) orientieren. Teil unseres Verkehrskonzeptes ist: „Der Innenstadtring soll für PKW als Kreisverkehr geführt werden, sie fahren dann entgegen dem Uhrzeigersinn auf den äußeren beiden Fahrspuren. Die inneren beiden Spuren sollen für Radfahrende in beide Richtungen reserviert werden.“ (Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 107)

Sammelunterkünfte auflösen

11. Nach wie vor leben in Bochum viele Geflüchtete in Sammelunterkünften. Dabei ist die eigene Wohnung neben der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben. In Zeiten von Corona können notwendige Abstands- und Hygieneregeln in Sammelunterkünften kaum eingehalten werden. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert die Stadt Bochum auf, allen Geflüchteten, ein Leben in Wohnungen statt in engen Containern und anderen Massenunterkünften zu ermöglichen.

Werden Sie sich für die regelhafte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Sammelunterkünften einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Noch immer müssen fast 1.000 Menschen in Bochum ihr Dasein in engen Sammelunterkünften fristen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Obwohl die Unterbringung in Containern und anderen Sammelunterkünften für die Stadt nachweislich teurer ist als die menschenwürdigere Unterbringung in Wohnungen, existieren eine Reihe von Regelungen, die Geflüchteten aus den meisten Herkunftsländern die Anmietung einer eigenen Wohnung erschweren bzw. verunmöglichen. Als LINKE wollen wir diese Praxis beenden und haben uns in unserem Kommunalwahlprogramm 2020-2025 auf folgende Ziele festgelegt:

„- Verbindliche Einhaltung der Standards des 2015 von der Stadt Bochum erlassenen Unterbringungs- und Betreuungskonzepts für Geflüchtete und Erstellung eines verbindlichen Gewaltschutzkonzepts. Mittelfristig müssen die Standards der Unterkunft auf das Niveau angehoben werden, das auch für alle anderen Bochumerinnen und Bochumern gegenüber dem Jobcenter und den Sozialbehörden gilt.

- Dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Sammelunterkünften. Wo das nicht möglich ist, müssen große Unterkünfte durch kleinere Einrichtungen ersetzt werden, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken. Sie müssen aus abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Küche und sanitären Einrichtungen bestehen und dürfen nicht überbelegt werden. Auch das dritte Gebäude der städtischen Unterkunft Wohlfahrtstraße muss zu abgeschlossenen Wohnungen umgebaut werden.

- Menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern.

- Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben.

- Abschaffung aller bürokratischen Hürden und Regelungen, mit denen die Stadt Geflüchteten die Anmietung einer privaten Wohnung erschwert.“
(Kommunalwahlprogramm 2020-2025, S. 61-62)